

JETZT HANDELN



Seit Wochen sprechen mediale Öffentlichkeit und Politik fast nur über die Corona-Pandemie. Dass wir auch inmitten anderer Krisen stecken, ist vielen nicht mehr bewusst: Stichwort prekäre Situation an den Migrations-Hotspots. In hoffnungslos überfüllten Lagern in Griechenland warten zur Stunde immer noch abertausende Vertriebene unter menschenunwürdigen Bedingungen, oft seit langer Zeit und ohne Perspektive. Sie sind vor Krieg und Verfolgung geflohen und finden sich in einer ähnlichen Situation wieder wie in den Ländern, die sie verlassen mussten. Und die EU schaut zu. Die Politik hat bis dato keines der Probleme gelöst: Weder wurde eine solidarische Verteilung der Geflüchteten erreicht noch hat man die Situation in den Lagern verbessert. Das berüchtigte Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos mit rund 20.000 Vertriebenen ist da nur ein Beispiel. Aber nicht nur die Geflüchteten, auch die betroffenen Grenzregionen werden im Stich gelassen. Auch sie brauchen Unterstützung. Wir von SÜDWIND arbeiten seit Jahren etwa mit Lampedusa, Lesbos oder Traiskirchen und wissen um die Konsequenzen von politischem Stillstand. Es ist jetzt dringend notwendig, die Situation der Geflüchteten und die Einhaltung von Menschenrechten wieder ganz oben auf die politische Agenda zu bringen.





Leben auf der Albtrauminsel

Eigentlich ist das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos für etwa 3.000 Menschen ausgelegt. Im Moment drängen sich dort an die 20.000 Männer, Frauen und Kinder. Wegen der unsicheren Lage wurden viele der HelferInnen abgezogen und die Menschen in den überfüllten Containern sind weitgehend sich selbst überlassen. Die Versorgungslage ist katastrophal: Zu wenig Essen, zu wenig Trinkwasser, kaum Wasser für die notwendigste Körperhygiene oder gar sanitäre Anlagen.

Fass vor dem Überlaufen

Viele "BewohnerInnen" in und um Moria sind depressiv, weil sie ihre Heimat verloren haben und schon viel zu lange hier ausharren müssen. In jüngster Zeit verübten rechte Gruppierungen Brandanschläge, unter anderem auf eine Schule für geflüchtete Kinder. Überhaupt ist die Stimmung angespannt, es kommt zu Streits und Prügeleien, zu sexuellen Übergriffen. Immer wieder nehmen sich Menschen und sogar Kinder das Leben. Und alle miteinander wissen: Sollte sich das Coronavirus verbreiten, droht eine große Katastrophe.

Humanitäres Versagen

Die traurige Wahrheit ist: Das Flüchtlingslager Moria ist nur eines von vielen weltweit. Und sie alle sind ein Beleg für Versagen aus politischem Kalkül. Dabei ist längst klar, dass wir Menschen nicht durch den Bau von Mauern und jahrelanges Einsperren abschrecken können. Denn sie flüchten vor Krieg, Vertreibung, Diskriminierung und Umweltkatastrophen. Dafür braucht es menschenwürdige und lösungsorientierte Konzepte, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen und stärken: Die der Flüchtenden und der betroffenen Gemeinden und Orte. Aber auch jener, die viele Menschen aufnehmen und sich um ihre Integration kümmern.

Gemeinsam die Stimme erheben

SÜDWIND arbeitet seit Jahren an solchen Konzepten und hat gemeinsam mit KooperationspartnerInnen Projekte ins Leben gerufen sowie Good Practice-Beispiele gesammelt. Im Vernetzungs- und Lobbying-Projekt "Seitenblicke von den Grenzen" geht es etwa um den Erfahrungsaustausch zwischen Grenzgemeinden und deren gemeinsames Lobbying auf EU-Ebene. 2019 wurde das Netzwerk im EU-Parlament offiziell empfangen. Papst Franziskus lud das Projektteam zu einer Privataudienz ein. Leider läuft die Finanzierung für das Netzwerk-Projekt schon Ende 2020 aus.

Auf Augenhöhe begegnen

Ein Beispiel für ein gelungenes Integrationsprojekt ist auch der "Garten der Begegnung". Er wurde 2015 angelegt, als auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise viele Geflüchtete in Traiskirchen zusammen kamen. Mit einem gemeinsam angelegten Gemüsegarten, regelmäßigen Gemüsemärkten und an die 20 Frühstücks-Events 2019 konnte Raum für die Begegnung auf Augenhöhe zwischen Angekommenen und Einheimischen und ein echtes Miteinander realisiert werden.



Informieren und sensibilisieren

Als Spezialist für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit versorgt SÜDWIND JournalistInnen seit vielen Jahren mit Zahlen, Fakten und Hintergrundinformation zum Thema Flucht und Migration. Dazu kommen unsere Workshops und Konferenzen zur Bewusstseinsbildung und mehrere Studien, etwa über die Wahrnehmung von Migration in der Bevölkerung. Und wir organisieren laufend Schulprojekte zur Bewusstseinsbildung für SchülerInnen, LehrerInnen/ErzieherInnen sowie Eltern.

In einem Best-Practice-Handbuch beleuchtet SÜDWIND erfolgreiche Unternehmensgründungen von Menschen mit Fluchterfahrung bzw. ihre erfolgreiche Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt. Das schafft Perspektiven – auch für engagierte UnternehmerInnen.

All diese Aktivitäten und Projekte sind ein laufender Beitrag von SÜDWIND, um Geflüchteten aber auch den Gemeinden, die diese aufnehmen, zu helfen. Leider wird die wachsende Not in den Flüchtlingslagern in Zeiten von Corona in den Hintergrund gedrängt. Wir lösen dieses Problem aber nur durch genaues Hinschauen. Deshalb müssen wir jetzt umso aktiver informieren und das Thema zurück auf die politische Agenda bringen. Für diese Aufgabe brauchen wir vor allem noch Geldmittel. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Spende. Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen!

FAKTENCHECK

Weltweite Anzahl an Vertriebenen: 70.8 Millionen Menschen

Rund 25,9 Millionen von ihnen sind vor Konflikten, Verfolgung oder schweren Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat geflohen.

Mehr als die Hälfte der Geflüchteten weltweit sind Kinder unter 18 Jahren.

41,3 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind.

3,5 Millionen unter den 70,8 Millionen sind Asylsuchende.

57% der Geflüchteten weltweit kommen aus nur drei Ländern: Syrien (6,7 Mio.), Afghanistan (2,7 Mio.) u. Südsudan (2,3 Mio.)

Die Hauptaufnahmeländer sind Türkei (3,7 Mio. Menschen), Pakistan (1,4 Mio. Menschen), Uganda (1,2 Mio. Menschen) und Deutschland (1,1 Mio. Menschen).

Quelle: UNHCR, 19. Juni 2019 (www.unhcr.org/statistiken)



Das Beispiel Uganda

Über eine "Integrative Migrationspolitik" wird im Globalen Norden gerne gesprochen – von einer Umsetzung ist man aber meilenweit entfernt. Ausgerechnet Uganda, eines der ärmsten Länder der Welt, macht im Umgang mit Flüchtenden Schule. Die hohe Anzahl an Menschen, die aus dem angrenzenden Südsudan kommen, zwingt das ostafrikanische Land zum Handeln, dabei wird Solidarität aber traditionell großgeschrieben.

SÜDWIND-Mitarbeiterin Katharina Nosal war im Februar 2020 vor Ort und berichtet:

Nach einem Gesundheitscheck kommen Geflüchtete für maximal eine Woche in Registrierungszentren. Danach werden sie auf Dörfer verteilt. Sie erhalten Baumaterial für eine Hütte,



landwirtschaftliches Gerät sowie ein kleines Tagegeld. Alle Einrichtungen und Schulen stehen ihnen offen. Vonseiten der Regierung wie auch der Menschen in den Dörfern wird weder polarisiert noch gehetzt, sondern gemeinsam auf Integration gesetzt.

Solidarität ist hier tief verankert – denn Uganda und seine Nachbarstaaten sind seit Jahrzehnten von Fluchtbewegungen in die eine oder andere Richtung geprägt.



Wieso wird in der EU nicht auf eine "Integrative Migrationspolitik" wie in Uganda gesetzt?

Die progressive Migrationspolitik Ugandas hat nicht nur mit Werten wie Offenheit, Hilfsbereitschaft, Gastfreundschaft und Solidarität zu tun. Im Zuge der Ansiedelung von Geflüchteten wurden etwa Wasserversorgung und Schulen ausgebaut, wovon die gesamte Bevölkerung profitiert. Der Handel und die landwirtschaftliche Produktion, die von den neuen EinwohnerInnen ausgehen, haben positive Effekte auf die regionale Wirtschaft. Wie wichtig Diversität und neue, innovative Ideen für die eigene Gesellschaft sein können wird in großen Teilen der politischen Landschaft Europas derzeit noch unterschätzt. Man versucht, durch strenge Regelungen nur hoch qualifizierte Personen ins Land zu lassen, doch die Frage ist nicht, wer kommt, sondern wie man Menschen integriert, welche Chancen man ihnen bietet.

Wo hakt es in der EU, damit eine menschenrechtskonforme Migrationspolitik gemacht wird? Wie siehst du die Rolle Österreichs? Ich wünsche mir dringend ein Bekenntnis Österreichs zu einer pro-

aktiven menschenrechtskonformen

Andrea Ben Lassoued ist seit mehr als zehn Jahren beim SÜDWIND und koordiniert die Projekte im Bereich Migration.

europäischen Migrationspolitik.
Die Blockadehaltung der Visegrad
Staaten und Österreichs und die
populistischen Tendenzen innerhalb Europas sind wohl Schuld daran, dass heute europäische Grundwerte und Menschenrechte mit
Füßen getreten werden.

Warum setzt SÜDWIND den Schwerpunkt auf Vernetzungsund Lobbyarbeit und nicht auf Notfallhilfe in den Lagern?

Seit seiner Gründung vor 40 Jahren setzt Südwind auf "Entwicklungspolitik im eigenen Land". Das ist auch bei diesem Thema das einzige was mittel- und langfristig hilft: eine grundsätzliche Änderung der Migrationspolitik.



Forderungen und Aktivitäten von SÜDWIND

SÜDWIND verfügt über langjährige Expertise im Globalen Lernen und arbeitet insbesondere seit 2013 intensiv im Bereich Migration und Menschenrechte. Auf unseren Recherchereisen bekommen wir Informationen aus erster Hand mit Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit beleuchten wir Zusammenhänge neu, klären über Fluchtursachen auf und weisen auf die Verantwortung hin, die wir im Globalen Norden angesichts von Flucht und Vertreibung weltweit haben. Den politisch Verantwortlichen machen wir Druck, endlich zu handeln - statt nur endlos politisches Kapital daraus zu schlagen. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen und betroffenen Kommunen entwickeln wir lösungsorientierte Ansätze

> für ein gelingendes Miteinander. Wichtige Leitmotive sind für uns dabei Menschlichkeit und die Begegnung auf Augenhöhe. Denn wir sind davon überzeugt, dass wir alle voneinander lernen können.

Was SÜDWIND dafür tut:

- Dobbyarbeit auf nationaler und EU-Ebene mit dem Ziel, die Thematik wieder ganz oben auf die Agenda zu setzen, auch zu Corona-Zeiten!
- Druck auf die Politik massiv erhöhen, damit langfristige Lösungen für Menschen auf der Flucht gefunden werden. Keine "Hilfspakete-Politik" und keine überfüllten Lager mehr!
- Intensive Medien- & Öffentlichkeitsarbeit
- Wichtige EU-geförderte Projekte für menschenrechtskonforme und solidarische Migrationspolitik, etwa das Networking-Projekt "Seitenblicke von den Grenzen", laufen 2020 aus. Wir müssen jetzt alles dafür tun, dass diese weiter finanziert werden und die Arbeit nicht umsonst war!
- Verstärkte Information von BürgerInnen und Veranstaltungen in Schulen

Es gibt in nächster Zeit viel zu tun. Für unsere Aktivitäten für Menschen auf der Flucht, Migrantlnnen und betroffene Gemeinden benötigen wir noch dringend Geldmittel.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende!

SPENDENKONTO: HYPO OÖ · IBAN: AT63 5400 0000 0037 1039 · BIC: OBLAAT2L



